



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Freiheit, Weltoffenheit, Wachstum – für eine erfolgreiche EU

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der EU-Wahl 2019

Außenwirtschaft

Beschluss des VhU-Präsidiums
3. April 2019



Außenwirtschaft

Aktive Außenwirtschaftspolitik betreiben

Multilaterale Kooperationen erhalten

Offene Märkte für Handel und Investitionen, regelbasierter Wettbewerb, Marktwirtschaft und hohe internationale Standards werden immer wichtiger, um den Wohlstand in der EU abzusichern. Zurecht liegt die Zuständigkeit für die Außenwirtschaftspolitik bei der EU. Sie muss gegen alle Formen des Protektionismus vorgehen. Die G20, G7 und OECD sollten genutzt werden, um die multilaterale Handelsordnung zu erhalten und zu stärken, das internationale Recht auszubauen und Problemen wie staatswirtschaftlichen Überkapazitäten zu begegnen.

Welthandelsorganisation stärken

Die Regeldurchsetzung der Welthandelsorganisation muss verbessert und das Vertragswerk modernisiert werden. Das bedeutet, die Streitschlichtung der WTO funktionaler zu machen, die Rolle des WTO-Sekretariats bei der Regelüberwachung zu steigern und die Transparenz über handelspolitische Maßnahmen zu erhöhen. Die plurilateralen Initiativen in der WTO müssen beim elektronischen Handel und zu Investitionserleichterungen grundlegende internationale Regeln schaffen. Neuer Marktzugang muss zurück auf die WTO-Agenda kommen. Für Subventionen und den Umgang mit Staatsunternehmen sind neue Regeln erforderlich.

Freihandelsabkommen der EU weiterentwickeln

In der Handelsstrategie der EU stellen präferenzielle Handelsabkommen einen zentralen Baustein dar. Sie ergänzen das multilaterale Handelssystem. Diese Freihandelsabkommen (FTA), u.a. mit Korea und Kanada, bauen nicht nur Zölle ab. Der Marktzugang wird auch dadurch verbessert, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa durch regulatorische Zusammenarbeit – beseitigt sowie Dienstleistungsmärkte liberalisiert und öffentliche Beschaffungsmärkte geöffnet werden. Die FTAs sollten weit über den WTO-Regelungsbereich hinausgehen: Wettbewerbsregeln, digitaler Handel, Schutz ausländischer Direktinvestitionen. Die EU sollte die älteren Globalabkommen mit Chile und Mexiko, die nur elementare Wirtschaftsaspekte enthalten, zu modernen FTAs ausbauen. Die bedeutenden FTAs mit Japan, den Mercosur- und ASEAN-Staaten müssen ausverhandelt bzw. ratifiziert werden.

Für Investitionen offen bleiben

Europäische Investoren haben 6,9 Billionen Euro in andere Länder investiert (Investitionsbestand 2015). Der Schlüssel für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in Europa liegt im Schutz der marktwirtschaftlichen Ordnung, d.h. Schutz von Offenheit, Privateigentum, Vertragsfreiheit und Wettbewerbsordnung. Deshalb ist das Scheitern von TTIP höchst bedauerlich. Investitionskontrollen und -beschränkungen sind ein tiefer Eingriff in diese Prinzipien und sollten höchstens erfolgen, um echte Gefahren für die nationale Sicherheit abzuwenden. Die EU muss sich besser vor marktverzerrendem Verhalten durch staatlich unterstützte Unternehmen schützen. Zudem gilt es zu klären, wie sich die EU-Mitgliedstaaten vor problematischen ausländischen Direktinvestitionen in sicherheitsrelevante Bereiche, schützen können.

Kritischer Blick auf China

Gerade China spielt auf den Weltmärkten nicht immer nach internationalen Regeln. Daher sollte die EU auf die Stärkung von Wettbewerbsregeln hinarbeiten, z.B. durch gezielte Transparenzaufgaben bei öffentlichen Ausschreibungen und Unternehmensakquisitionen.

Ordnungspolitische Reformen in EU-Mitgliedstaaten



Den Weg der schleichenden Ausweitung von Transfers innerhalb der Eurozone und der Vergemeinschaftung von Haftung auch in der EU sollten die EU und die EU-Mitgliedstaaten schnellstens stoppen, da er ökonomische Fehlanreize setzt, da seine rechtliche Legitimation in der Eurozone umstritten ist („No Bailout“-Regel) und da er die demokratische Akzeptanz der EU-Institutionen in den Geberländern langfristig gefährden könnte.

Empfehlenswert ist zum einen die klare und glaubwürdige Ankündigung der Geberländer und ihrer Notenbanken, innerhalb der Eurozone keine neuen Hilfen zu gewähren, auch nicht im Falle einer Krise, sondern dass langfristig angelegte „Solidarität“ vor allem über die Kohäsionspolitik und über den EU-Haushalt geleistet wird.

Zum anderen müssen dezentral ordnungspolitische Reformen in den Euroländern und den übrigen EU-Mitgliedstaaten erfolgen, die sehr unterschiedlich ausgestaltet sein können. Dafür muss vor Ort von den nationalen Politikern geworben und politisch gekämpft, bis demokratische Mehrheiten erzielt werden. Ein „top-down“-Ansatz aus Brüssel (oder Berlin, Wien, Den Haag) hat bisher nur Ressentiments geschürt. Es geht um das „Bohren dicker Bretter“ (Max Weber) und darum, dass ein EU-Mitgliedsstaat die unangenehmen Konsequenzen tragen muss, wenn seine Politiker und Wähler nur dünne oder gar keine Bretter bohren möchten. Selbstverständlich darf die EZB weder durch geldpolitische Maßnahmen noch durch ihre Ankündigungen („whatever it takes“) den Reformeifer konterkarieren. Die Option, dass ein Land die Eurozone verlässt, weil es dauerhaft die Stabilitätskriterien missachtet, darf nicht länger ausgeschlossen werden.

Die Reformen müssen das Ziel verfolgen, das Potentialwachstum der einzelnen Volkswirtschaften zu steigern. In der EU insgesamt wird es derzeit nur auf rund 1,5 Prozent geschätzt. Das ist viel zu wenig, um Herausforderungen wie Globalisierung, Demographie, Digitalisierung und Migration zu stemmen.

Defizite bei Reformen bzw. Investitionen in den Feldern Bildung, Qualifikation und Innovation, im Steuersystem, in der Infrastruktur und beim unternehmerischen Umfeld sollten vorrangig angegangen werden. Die EU und viele EU-Mitgliedstaaten lassen durch ihre fahrlässige Reformverschleppung jedes Jahr einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag an zusätzlich möglichem Output ungenutzt. Mittels Reformen, zugeschnitten auf die jeweiligen Bedürfnisse des EU-Mitgliedsstaats, ließe sich das Potenzialwachstum über wenige Jahre um einen viertel bis halben Punkt erhöhen. Dies entspricht einem mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Unterschiedliche Reformansätze werden zu unterschiedlichen Ergebnissen führen – dieser Politikwettbewerb muss zugelassen werden.